

Substanzielles Protokoll 129. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. Dezember 2016, 14.00 Uhr bis 16.31 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Heinz F. Steger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2016/411](#) * Weisung vom 30.11.2016: VHB
Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Hofacker, Quartier Hirs- VSS
landen, Ersatzneubau einer Dreifachsporthalle mit Sekundar-
stufenschulhaus und Ausbauten in den Hauptgebäuden, Objekt-
kredit
5. [2016/405](#) * Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 23.11.2016: VTE
A/P Verkehrliche Gesamtplanung im Langstrassengebiet unter
** Berücksichtigung des Perimeters Badenerstrasse–Feldstrasse–
Militär-/ Schöneggstrasse–Kanonengasse/ Ankerstrasse
6. [2016/408](#) * Interpellation der SP-, Grüne-, AL-Fraktion und 10 Mitunter- VSS
** zeichnenden vom 23.11.2016:
Zürich als möglicher Austragungsort der Olympischen Spiele
2026, Haltung des Stadtrats zu den bisherigen Anfragen sowie
Bedingungen und Voraussetzungen für eine mögliche Mit-
kandidatur oder einer Rolle als Host City
7. [2016/419](#) * Postulat der AL-Fraktion vom 30.11.2016: STP
A Reduktion der Wahllokale, Erhalt mindestens eines Lokals pro
Quartier in den grösseren Stadtkreisen
8. [2016/307](#) Weisung vom 14.09.2016: FV
Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2017–2020

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

2510. 2016/411

Weisung vom 30.11.2016:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Hofacker, Quartier Hirslanden, Ersatzneubau einer Dreifachsporthalle mit Sekundarstufenschulhaus und Ausbauten in den Hauptgebäuden, Objektkredit

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 12. Dezember 2016

2511. 2016/405

Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 23.11.2016:

Verkehrliche Gesamtplanung im Langstrassengebiet unter Berücksichtigung des Perimeters Badenerstrasse–Feldstrasse–Militär-/ Schöneeggstrasse–Kanongasse/ Ankerstrasse

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Knauss (Grüne) vom 7. Dezember 2016 (vergleiche Beschluss-Nr. 2480/2016)

Die Dringlicherklärung wird von 72 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2512. 2016/408

Interpellation der SP-, Grüne-, AL-Fraktion und 10 Mitunterzeichnenden vom 23.11.2016:

Zürich als möglicher Austragungsort der Olympischen Spiele 2026, Haltung des Stadtrats zu den bisherigen Anfragen sowie Bedingungen und Voraussetzungen für eine mögliche Mitkandidatur oder einer Rolle als Host City

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Marco Denoth (SP) vom 7. Dezember 2016 (vergleiche Beschluss-Nr. 2481/2016)

Die Dringlicherklärung wird von 79 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2513. 2016/419

**Postulat der AL-Fraktion vom 30.11.2016:
Reduktion der Wahllokale, Erhalt mindestens eines Lokals pro Quartier in den
grösseren Stadtkreisen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Andreas Kirstein (AL) vom 7. Dezember 2016 (vergleiche Beschluss-Nr. 2482/2016)

Die Dringlicherklärung wird von 85 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2514. 2016/307

**Weisung vom 14.09.2016:
Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2017–2020**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2017–2020 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2016/307 und 2016/305. Für GR Nr. 2016/305 siehe Protokoll der 130. Sitzung vom 14. Dezember 2016, Beschluss-Nr. 2529/2016.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Walter Angst (AL): *Ich verlese Ihnen den Bericht der RPK in gekürzter Form. Der Stadtrat hat gemeinsam mit dem Novemberbrief das Budget in der laufenden Rechnung mit einem Minus von 68,6 Millionen Franken vorgelegt. Wenn man das mit dem budgetierten Defizit von 2016 verrechnen würde, würde das Eigenkapital per 31.12.2017 von 667,8 Millionen Franken auf 600 Millionen Franken reduziert. Der Finanzvorstand hat der RPK im November mitgeteilt, dass das Ergebnis 2016 erheblich erfreulicher ausfällt. Man rechnet im Moment mit einem Plus von 150 Millionen Franken. Dies würde bedeuten, dass mit dem Budgetantrag des Stadtrats das Eigenkapital per 31.12.2017 auf 750 Millionen Franken steigen würde. Der Personalaufwand, den der Stadtrat im Budget vorlegt, steigt um 24,4 Millionen Franken. Die vom Stadtrat bewilligten Personalstellenwerte nehmen gegenüber dem Budget 2016 um 149 Stellenwerte zu. Im letzten Jahr waren es noch 340 Stellenwerte. Die Verminderung der Zunahme hat im Wesentlichen mit der Bereinigung der Stellenwerte im Schulamt um 176 Stellen zu tun. Der Sachaufwand sinkt im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Millionen Franken, allerdings steigt er im Verwaltungsbereich um 28,7 Millionen Franken. Eine starke Zunahme gibt es bei den budgetierten Investitionen im Hochbau- und Verwaltungsbereich. Diese steigen im Vergleich zum Budget 2016 von 155,1 auf 384,9 Millionen Franken. Der Ratspräsident hat bereits gesagt, dass es dieses Jahr eine Neuerung gibt. Der Gemeinderat diskutiert erstmals auch über den Aufgaben- und Finanzplan 2017 bis 2020. Deshalb möchte ich einiges zu diesem Dokument ausführen. Der Aufgaben- und Finanzplan gibt neben dem Budget 2017 auch die von den Departementen und Dienstabteilungen erhobenen Daten für die drei Folgejahre wieder. Diese weisen im vorliegenden Plan Defizite von 133,3 Millionen Franken im Jahr 2018 auf, im Jahr 2020 wird sich das Defizit auf 176,5 Millio-*

nen Franken belaufen. Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, dass die Datensammlung erfahrungsgemäss im Rahmen der Budgetierung des Folgejahrs erheblich reduziert wird durch Vorgaben von Plafonds im Budgetprozess. Der Stadtrat geht davon aus, dass unter Berücksichtigung der Bereinigungen zwischen Einnahmen und Ausgaben in den Planjahren eine Lücke von 50 bis 100 Millionen bestehen bleibt. In dieser Rechnung sind weder zusätzliche Ausgaben durch die Leistungsüberprüfung 2016 vom Kanton, die in Höhe von etwa 70 Millionen Franken anfallen werden, noch Einnahmefälle, die aufgrund der Unternehmenssteuerreform entstehen, berücksichtigt. Mit Blick auf die nächste Periode 2018 bis 2021 erarbeitet der Stadtrat aufgrund der erwarteten Ausgabenüberschüsse und der Unwägbarkeit durch äussere Einflüsse weitere Massnahmen. Der Stadtrat weist im AFP darauf hin, dass stärkere Einschnitte im Leistungsniveau mit den Massnahmen verbunden sind, weil erhebliches Einsparpotential bereits ausgeschöpft wurde. Das Ziel des Stadtrats ist Folgendes: Einerseits sollen die Rechnungsergebnisse der Stadt ohne Sondereffekte mittelfristig ausgeglichen gestaltet werden. Man will ein Eigenkapital erhalten, das angemessen ist, um die politische Handlungsfähigkeit zu erhalten. Schliesslich will man die Investitionen zu einem hohen Anteil aus eigenen Mitteln finanzieren, damit die Neuverschuldung gering gehalten werden kann. Dies bedeutet, dass positive Rechnungsabschlüsse angestrebt werden. Die Mehrheit der RPK hält die Zielsetzungen für angemessen. Die RPK weist darauf hin, dass ein wesentlicher Faktor für die Erreichbarkeit der Zielsetzungen auch Bestellungen sind, die der Gemeinderat im Verlauf des Jahres dem Stadtrat in Auftrag gibt. Aus Sicht der RPK ist es notwendig, dass in der Planperiode 2018 bis 2020 bereits auf der Budgetebene ausgeglichene Ergebnisse präsentiert würden, damit Unvorhergesehenes antizipiert werden kann. Die RPK empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, in der Planperiode ausgeglichene Budgets anzustreben. Eine Minderheit der RPK hält die Zielsetzungen des Stadtrats für ungenügend und ist besorgt, dass – abgesehen von der Hoffnung auf höhere Steuererträge – keine spezifischen Massnahmen zur Sanierung des Budgets erkennbar sind. Im Rahmen der Beratung in der RPK sind diverse Fragen aufgetaucht, die wir im Bericht in diversen Bemerkungen wiedergegeben haben. Ich beschränke mich auf zwei Hinweise. Die RPK hat sich unter anderem mit der Spitalfinanzierung auseinandergesetzt und festgestellt, dass Entscheide im Gesundheitswesen vor allem auf Kantons- und Bundesebene fallen und es deshalb für eine Kommune schwierig ist, bei den Spitälern ausgeglichene Rechnungsergebnisse zu präsentieren, da die Entscheide praktisch nur noch umgesetzt werden können. Der Betrieb der beiden Stadtspitäler belastet die Rechnung der Stadt mit 30 Millionen Franken. Die RPK hat die Zusicherung der Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements, dass im ersten Quartal 2017 erste Vorschläge des Stadtrats zu zwei Aspekten vorgelegt werden. Dies betrifft einerseits die besondere Situation des Stadtspitals Triemli, das durch die hohen Anlagennutzungskosten mit starken Ausgabenüberschüssen zu kämpfen hat. Andererseits betrifft dies die grundsätzliche Spitalstrategie der Stadt. Weiter hat sich die RPK mit dem Hochbau auseinandergesetzt. Die RPK wurde vom Hochbaudepartement darüber informiert, dass der Investitionsplafond 2017 für Substanzerhaltungsprojekte im Verwaltungsbereich von 120 auf 150 Millionen Franken erhöht werden soll. 2018 soll er auf 165 Millionen Franken erhöht werden. Die RPK stellt fest, dass mit solchen Substanzerhaltungsprojekten, die Frage, wie die Stadt zum Beispiel den wachsenden Platzbedarf im Schulbereich decken will, nicht geklärt werden kann. Wir bitten den Stadtrat darum, nochmals zu prüfen, wie die Stadt mit den knappen Mitteln im Bereich Substanzerhalt im Verhältnis zu neuen Projekten umgehen will. Die Behandlung des Budgets hat die RPK zum ersten Mal mit dem RPK-Tool durchgeführt. Die Erfahrungen sind positiv. Es sind mehr Fragen aufgekommen, aber die Beratung war zumindest innerhalb der RPK effizient. Wir verzichten auf den Vorschlag, uns einen Fragengenerator zuzulegen. Wir werden jedoch schauen, was wir alles umsetzen müssen, um die gute Erfahrung dieses Jahres zu verbessern. Die Rückmeldungen der Verwaltung sind grundsätzlich auch positiv. Die Mehrheit der RPK beantragt ein Eintreten auf das Budget, eine Minderheit

weist das Budget zurück. Die Mehrheit der RPK stimmt dem Budget mit dem Globalbudget mit den entsprechenden Änderungen zu. Eine Minderheit lehnt das Budget ab. Keine Differenzen haben wir betreffend der Festsetzung des Steuerfusses. Es gibt einen einstimmigen Antrag, dass dieser 119 % betragen soll.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2515–2521)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2515. 2016/442

Erklärung der SP-Fraktion vom 14.12.2016: Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der SP-Fraktion verliest Florian Utz (SP) folgende Fraktionserklärung:

Volksentscheide umsetzen statt Leistungen abbauen

Die Stadt Zürich wird im Jahr 2016 einen Überschuss von rund 150 Millionen Franken erzielen, sodass das Eigenkapital Ende Jahr bei über 800 Millionen Franken liegen wird. Allein schon dies zeigt: Unsere Stadt steht finanziell gut da – nicht zuletzt dank der vernünftigen Politik des Stadtrates.

Die SP begrüsst das Budget, das der Stadtrat vorgelegt hat. Es ist ein Budget der finanzpolitischen Verantwortung, das dank einem nur moderaten Ausgaben- und Stellenwachstum voraussichtlich auch im Jahr 2017 zu einer mindestens ausgeglichenen Rechnung führen wird. Zwar sieht das Budget 2017 ein Defizit von rund 67 Millionen Franken vor, doch zeigt die Erfahrung, dass die Rechnungen jeweils – so auch 2014, 2015 und 2016 – mindestens 100 Millionen Franken besser abschneiden als es die Budgets vorsehen. Dementsprechend ist auch im Jahr 2017 nicht mit einem Defizit zu rechnen.

Die SP-Fraktion unterstützt einen effizienten Einsatz von Steuergeldern. In diesem Sinne wird die SP denn auch heute moderate Sparanträge unterstützen – und auch selber stellen –, damit der finanzielle Spielraum für die wichtigsten Prioritäten noch grösser wird – so etwa für mehr bezahlbare Wohnungen, für eine gute Kinderbetreuung oder für den Bau von neuen Velowegen.

So sehr die Stadt Zürich ihre Finanzen im Griff hat, so sehr droht für die Zukunft leider Ungemach durch Bund und Kanton. So führt die so genannte «Leistungsüberprüfung 2016» des Regierungsrates für die Stadt Zürich zu einer Belastung von zwischen 56 und 75 Millionen Franken pro Jahr. Noch gravierendere Auswirkungen hätte die Unternehmenssteuerreform III: Alleine durch die massiv gesenkten Steuersätze würde unsere Stadt Einnahmen von jährlich rund 200 Millionen Franken verlieren. Hinzu kämen noch die Einnahmeverluste durch weitere Massnahmen wie die Lizenzboxen und die zinsbereinigte Gewinnsteuer. Unter dem Strich drohen Steuerausfälle von mindestens 300 Millionen Franken.

Welche Folgen ein solcher Einnahmeausfall hat, wird heute sehr gut erkennbar, wenn man einzelne Kürzungsanträge der bürgerlichen Seite anschaut:

- So will die SVP beim Schulamt 15 Mio. Franken Lohnkosten sparen, was – bei einem durchschnittlichen Kündigungstermin Mitte Jahr – einem Abbau von rund 300 Stellen entspricht – und dies wohlverstanden alleine bei der Schule!
- FDP, SVP und CVP wollen die Ausgaben für die Planung von bezahlbaren Wohnungen um rund 70 Prozent kürzen. Damit brächten sie den gemeinnützigen Wohnbau durch die Stadt Zürich weitgehend zum Erliegen.
- Die gleichen Parteien beantragen, dass bei sämtlichen Dienstabteilungen der Stadt Zürich (ausser jenen im SSD) 1.9 Prozent der Stellen gestrichen werden. Dies bedeutet beispielsweise bei der Stadtpolizei einen Abbau von 32 "Frontstellen".
- Und: Alle bürgerlichen Parteien wollen dem Stadtspital Triemli finanzielle Ressourcen streichen. Bereits heute wird dort massiv gespart – selbst das Weihnachtsessen wurde gestrichen. Wenn noch mehr gekürzt wird, geht dies nicht ohne einen Leistungsabbau für die Patientinnen und Patienten.
- Weniger Bildung, weniger Sicherheit, weniger Gesundheit, weniger bezahlbare Wohnungen: das alles will die Bevölkerung nicht. Das alles droht aber, wenn die Unternehmenssteuerreform III durchkommt – und die Stadt Zürich infolge des Steuerausfalles von 300 Millionen Franken ihre Leistungen so abbauen muss, wie es die Bürgerlichen bereits heute beantragen.

Die Zürcherinnen und Zürcher wollen, dass die Volksentscheide für mehr bezahlbare Wohnungen, für eine gute Kinderbetreuung, für die 2000-Watt-Gesellschaft und für mehr Velowege umgesetzt werden. Die Bevölkerung kann sich darauf verlassen, dass die SP für die Interessen der Menschen in Zürich kämpft – auch hier und heute in der Budgetdebatte.

2516. 2016/443
Erklärung der SVP-Fraktion vom 14.12.2016:
Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der SVP-Fraktion verliest Martin Götzl (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Ein Plan ohne Massnahmen ist kein Plan!

Der Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Zürich dient als Steuerungs- und Planungsinstrument für die kommenden Jahre. Theoretisch!

Ein Rückblick auf die Vergangenheit jedoch zeigt: Gestern war ein Sanierungsprogramm 17/0. Eine phantomartige Worthölse mit der sich der Stadtrat stets beschwichtigte, ohne je zählbare und effiziente finanzpolitische Handlungen vorzunehmen.

Ein Einblick auf die Gegenwart zeigt: Heute liegt ein Finanz- und Aufgabenplan vor, der die massiven finanziellen Herausforderungen der Jahre 2017 bis 2020 wegweisen sollte. Wer diesen jedoch analytisch ergründet, findet keinerlei Ansatzpunkte von konkreten sanierenden Massnahmen. Ein Ziel fehlt!

Der Ausblick auf die Zukunft besorgt: Morgen folgt ein finanzieller Scherbenhaufen, der sich in den letzten Jahren wie ein immer schneller rollender Schneeball vergrössert hat. Seit 2005 wurden weitere CHF 3 Mia. Schuldenlast aufgetürmt und betragen heute sage und schreibe rund CHF 10 Mia. Bruttoschulden. In diesen Jahren der Rekordsteuereinnahmen wurden weitere Kredite zu Tiefzinsen aufgenommen. Konkret ausgedrückt handelt es sich dabei um jährlich weitere CHF 700 bis 800 Mio. Anleihen. Das kommende Eintreffen von Zinsanstiegen wird die Stadt Zürich vor unlösbare Herausforderungen stellen. Die Schuldenlast wird erdrückend.

Das gestern, heute und morgen dieser Stadtregierung zeigt finanzpolitisch auf: «Wer nicht weiss wohin er will, braucht sich nicht zu wundern, wenn er woanders ankommt».

Die einzige Konstante im aktuellen finanziellen Dilemma ist der rotgrün dominierte Stadtrat, welcher sowohl gestern als auch heute den finanzpolitischen Irrweg zu verantworten hat. Unbeirrt und verantwortungslos wird weiterhin mit grosser Kelle Geld ausgegeben und es werden neue Leistungen für jede noch so erwünschte Minderheitsgruppe erschaffen. So wird den kommenden Generationen ein aufgetürmter Schuldenberg hinterlassen. Während Einschränkungen unumgänglich sind, brüstet sich die Stadtregierung vor wenigen Tagen, dass die Stadt Zürich im Jahre 2016 für CHF 3 Mio. perlweisse Entwicklungsgelder gesprochen hat. Dies ist keine Aufgabe einer Kommune. Für die Aussenpolitik ist der Bund zuständig und das Spenden ist Privatsache, jeder entscheidet selbst über den Betrag und die Empfänger. Dies ist ein Beispiel von Unzähligen, wie die Verantwortlichen das Wesentliche und Unwesentliche nicht differenzieren können und wollen.

Der Aufgaben- und Finanzplan diene der Stadt als «mittelfristiges Planungs- und Steuerungsinstrument», heisst es im ersten Satz des angesprochenen Papiers. Auf den folgenden 30 Seiten sucht man dann aber vergebens nach spezifischen Plänen und Steuerungsinstrumenten. Kapitel für Kapitel findet man nur Schönredereien und Selbstbemitleidungen. Bei einem Milliarden hohen Schuldenberg und einem strukturellen Defizit wagt der Stadtrat doch tatsächlich die Aussage zu machen, man starte mit «einer soliden finanziellen Basis» ins Jahr 2017. Dies ist reine Selbstbeweihräucherung! Man prahlt in diesem Zusammenhang auch gleich mit der Erwartung eines positiven Abschlusses der Rechnung 2016.

Im Aufgaben- und Finanzplan sind keine Massnahmen, keine Überlegungen, geschweige denn ein Ziel dafür vorzufinden, wie das rasante Schuldenwachstum gestoppt werden könnte. Die eigenen Ausgaben werden in keinem einzigen Satz reflektiert oder hinterfragt. Der Stadtrat rechnet ab 2020 ausdrücklich mit negativen jährlichen Ergebnissen von 200 Millionen Franken. Dennoch nennt der Stadtrat nicht eine einzige Massnahme gegen dieses strukturelle Defizit. Dies ist Ausdruck einer fundamentalen Gleichgültigkeit gegenüber jenen Leuten, welche die Schuldenberge dereinst abtragen müssen.

So setzt die Stadtregierung, die sonst gerne und laut über eine totale Verstaatlichung des Bodens nachdenkt, für die Zukunft ausgerechnet auf saftige Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer. Zudem spekulieren die Linken, ganz paradox, mit höheren Gewinnen aus ihrem Aktienportfolio und auf billiges Geld der Banken.

Eine ausserordentlich negative Auswirkung auf die Schuldenlast hat das hochgepriesene Bevölkerungswachstum erbracht. Dies wird jedoch im Aufgaben- und Finanzplan diskret verschwiegen. Zumal der Stadtrat weiterhin auf Willkommens- und Wachstumskurs setzt und bis im Jahre 2030 mit einer Bevölkerungszahl

von 495'000 Einwohnern zu rechnen hat. Die aktuell rund 21'500 städtischen Stellenprozente werden in den kommenden Jahren weiter und im grossen Stile aufgebläht. Ab 2018 wird sage und schreibe jährlich mit über 200 zusätzlichen Stellen geplant.

Die aufgetürmten Schulden müssen jetzt konsequent angegangen werden. Es bedarf einer Sanierung der städtischen Finanzen. Mit dem vorgelegten Budget 2017 zeigt der rotgrüne Stadtrat jedoch abermals, das er weder willig noch fähig ist, dies zukunftsorientiert zu realisieren. Im Budget 2017 sind wiederum CHF 68 Mio. Defizit vorgesehen.

Das Ziel einer Budgetsanierung ist weit verfehlt und wird einfach ignoriert. Das kann und wird die SVP nicht akzeptieren und weist folglich das Budget dezidiert zurück. In der Stadt Zürich kann ohne jeglichen Verlust an Bildungs- und Lebensqualität gespart werden. Man muss nur wollen.

Die SVP hat zahlreiche erforderliche Sanierungsanträge erstellt, damit ein finanzieller Kollateralschaden verhindert werden kann. Die SVP wird wirksame und ernsthafte Sparanträge anderer Parteien unterstützen. Entgegen der letzten Jahre wird die SVP zähneknirschend auf einen Antrag zur Steuersenkung verzichten. Die aktuelle Verschuldung und die finanziellen Mittel lassen dies im 2017 nicht zu. Mittelfristig wird sich die SVP wieder vehement für eine Steuersenkung einsetzen, sobald sich die finanziell prekäre Situation verbessert und entspannt hat.

Sparanträge von der SVP, welche von anderen Parteien in homöopathischen Dosen implodiert werden, erhalten von der SVP weitgehend keine Unterstützung. Denn dies entspricht in keiner Art und Weise der dringend notwendigen Sanierung der städtischen Finanzen. Es bedarf einer Sanierung und keiner kosmetischen Makulatur.

Die SVP moniert und fordert den Stadtrat auf, Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen zu übernehmen. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!

2517. 2016/444

Erklärung der FDP-Fraktion vom 14.12.2016: Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der FDP-Fraktion verliest Michael Baumer (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Rot-grüner Stadtrat verspielt das grosse Potential der Stadt

Die Stadt Zürich wäre für die Zukunft bestens aufgestellt, wenn nur der Stadtrat aus seiner finanzpolitischen Lethargie erwachen und entschlossen handeln würde. Das Potential der Stadt für eine gesunde Finanzsituation, die nötige Investitionen ermöglicht, ist vorhanden. Das Umfeld ist günstig: Einmal mehr erzielt die Stadt so hohe Steuereinnahmen wie noch nie, mit den Negativzinsen sinkt die Zinslast der Stadt und das Wirtschaftszentrum Zürich ist hoch attraktiv. Wenn der Stadtrat unter diesen Bedingungen ein negatives Budget vorlegt, hat er schlicht seine Hausaufgaben nicht gemacht. Der Stadtrat begnügt sich offenbar mit der Erwartung, dass die Rechnung dann schon besser herauskommt. Das ist völlig ungenügend. In der heutigen Situation wäre ein Budget mit einem Gewinn von 100 Millionen problemlos möglich gewesen. Doch statt sich Ziele zu setzen, verwaltet der Stadtrat die Stadt nur und verspielt damit das Potential Zürichs.

Die Haltung des Stadtrats, nach dem Motto «es kommt dann schon gut» zeigt sich insbesondere im Aufgaben- und Finanzplan (AFP). So ist für 2018 ein Defizit von 133 Millionen, steigend auf 200 Millionen im Jahr 2020, geplant. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt bis dahin auf kümmerliche 41 Prozent. Der Finanzvorsteher weist gerne darauf hin, dass sich diese Werte in der Konkretisierung verbessern und es daher kein Problem sei. Erstaunlicherweise entsprechen diese Zahlen ziemlich genau den Zahlen, die derselbe Finanzvorsteher als hochdramatisch betrachtet, wenn sie als mögliche Steuerausfälle wegen der Unternehmenssteuerreform III bezeichnet werden. Irgendwann müsste uns der Finanzvorsteher erklären, warum es einmal kein Problem ist und das andere Mal den Untergang der Stadt bedeutet. Der AFP weist überhaupt keine Reserven auf. Damit hat die Stadt keinen Handlungsspielraum für Unvorhergesehenes. Sie hat auch keine Reserven für dringend benötigte Investitionen in die Infrastruktur, wie beispielsweise genügend Schulhäuser. Das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit einem brummenden Wirtschaftsmotor, der leicht ins Stottern geraten kann. Offenbar sind dem Stadtrat aber Haurückübungen im Budget im Dezember lieber, als das Instrument der Finanzplanung zu nutzen.

Hätte der Stadtrat gewollt, wäre ein positives Budget möglich gewesen. Die FDP hat Verbesserungsanträge über 120 Millionen gestellt und das, ohne grosse Leistungseinbussen zu verursachen. Und auch die mehrheitsfähigen Anträge verbessern das Budget massiv. Das lässt nur den Schluss zu, entweder wollte die Stadtregierung einfach jammern, oder sie besitzt die Führungskompetenz nicht, um zu handeln. Letztlich zahlt die Zürcher Bevölkerung mit Steuern und Gebühren die Arbeitsverweigerung des Zürcher Stadtrats. Die Stadt Zürich verschläft die Chance, ihr grosses Potential zu nutzen. Einer Finanzplanung, die dieser Situation nicht gerecht wird, wird die FDP nicht zustimmen.

2518. 2016/445
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 14.12.2016:
Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Ja zum Budget 2017, nein zur USR III auf Kosten der städtischen SteuerzahlerInnen

Zürich wächst. Mit der Zunahme der Bevölkerung wachsen auch die Steuereinnahmen. Gleichzeitig wachsen die Infrastruktur-Aufgaben, die finanziert werden müssen. Dank der hohen Steuereinnahmen lässt sich das Wachstum im Moment finanzieren, es stehen Mittel für neue Schulhäuser, für Kinderbetreuung oder für Alters- und Gesundheitsausgaben zur Verfügung. Doch am Horizont ziehen die schwarzen Wolken der Unternehmenssteuerreform III und der Leistungsüberprüfung des Kantons (LÜ16) auf – auf diese grossen Steuerausfälle ist die Stadt Zürich nicht gewappnet. Mittelfristig drohen einschneidende Steuererhöhungen oder gravierende Kürzungen von Leistungen.

Mit dem vom Stadtrat vorgelegten Budget 2017 und dem Aufgaben- und Finanzplan bis 2020 sind wir Grüne im Grundsatz zufrieden. Der Entwurf des Stadtrates beschränkt das Wachstum auf Schulen und Spitäler, und sieht bei den Investitionen eine Erhöhung des bisherigen Plafonds vor, um die notwendigen Sanierungen der verschiedenen Bauten vornehmen zu können. Wir würden aber gerne einige Schwerpunkte verschieben. So sehen wir einerseits einen klaren Bedarf für mehr Ausbildungsplätze bei den Alters- und Pflegezentren. Dem sogenannten Fachkräftemangel kann am besten entgegen gewirkt werden, indem wir eigenes Personal ausbilden und dafür Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Das wird sich langfristig lohnen. Andererseits stellen wir fest, dass die Polizei unnötige bzw. rechtlich fragwürdige Kontrollen bei KonsumentInnen leichter Drogen vornimmt, daher halten wir es für angebracht, den Etat der Polizei zu reduzieren. Die Polizei soll sich auf die wichtigen und notwendigen Aufgaben konzentrieren, aber von der Verfolgung nicht strafbarer Handlungen absehen.

Wir sind erfreut und positiv überrascht, dass es bei vielen Anträgen zum diesjährigen Budget gelingt, mit einer Mehrheit der konstruktiven Kräfte in diesem Parlament zusammen zu arbeiten, und dass in diesem Jahr weit reichende Kürzungsanträge oder gar Abschaffungen von Dienstabteilungen keine Chance haben werden.

Für die Zukunft sehen wir schwarze Wolken am Horizont aufziehen. Einerseits ist die Leistungsüberprüfung des Kantons schon weit fortgeschritten, andererseits droht das Damoklesschwert der Unternehmenssteuerreform III. Mit der USR III wird das austarierte System zwischen Gemeinden, Kanton und Bund komplett auf den Kopf gestellt, und am Ende werden ausschliesslich Grossfirmen und ihre Aktionäre profitieren, während die einfachen SteuerzahlerInnen der Stadt und der Gemeinden die Zeche bezahlen müssen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Unternehmenssteuerreform III in dieser Form nicht kommen wird, und erwarten vom Stadtrat, dass er aufzeigt, welche Auswirkungen diese Steuerreform auf die Bewohnenden der Stadt hat.

Im aktuell vorliegenden Budget sind für uns einige wenige, aber wichtige Punkte noch unklar. So wäre es für uns insbesondere wichtig, dass dem Personal Lohnmassnahmen von 1% zugestanden werden. Das städtische Personal soll vom sich abzeichnenden hohen Gewinn im 2016 einen gerechten Anteil erhalten. Im Grundsatz aber stehen wir hinter dem Budget 2017, wie es vom Stadtrat vorgelegt und nun vom Gemeinderat voraussichtlich genehmigt werden wird.

2519. 2016/446
Erklärung der GLP-Fraktion vom 14.12.2016:
Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der GLP-Fraktion verliest Shaibal Roy (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Wegfallende Sondereffekte erfordern sofortige finanzpolitische Massnahmen

Die Stadt Zürich budgetiert für das kommende Jahr wiederum ein Defizit. Angesichts der erneut rekordhohen Steuereinnahmen und der letztmals anfallenden positiven Sondereffekte wäre eine positive Budgetierung angezeigt gewesen. Die Grünliberalen haben entsprechend korrigierend eingegriffen und substanzielle Aufwandsenkungen platziert. Nichtsdestotrotz fordern wir, dass sich der Stadtrat hinsichtlich der sich abzeichnenden steigenden Aufwandüberschüsse in den nächsten Jahren ernsthaft finanzpolitischen Massnahmen widmet und diese auch umsetzt.

Der Stadtrat verlässt sich leider immer noch auf die Faustregel, dass die Rechnung besser als das Budget abschliesst und hat sich somit noch kaum auf die unmittelbar anstehenden Herausforderungen eingestellt.

Man beklagt sich lieber – wenn auch zurecht – über die ungleiche Lastenverteilung und Benachteiligung der Gemeinden und insbesondere der Stadt Zürich bei der vom Kanton initiierten Leistungsüberprüfung 16 (Lü16). Dasselbe Schema ist in Bezug auf die Unternehmenssteuerreform III (USR III) zu beobachten. Leider ist dem Stadtrat vor lauter Wehklagen der Fokus auf die Hausaufgaben verloren gegangen. Es gilt aber, sich proaktiv auf drohende Einnahmehausfälle vorzubereiten und ihnen mit einem eigenen Massnahmenpaket zu begegnen. Die Grünliberalen fordern den Stadtrat daher auf, sich nicht länger hinter lauter vermeintlich positiven Rechnungsabschlüssen zu verstecken, sondern sich endlich den Herausforderungen zu stellen.

Im Rahmen des Budgets 2017 konnte die glp zumindest feststellen, dass der Stadtrat teilweise etwas ‚Luft‘ aus den Budgetposten genommen hat, dies jedoch keineswegs durchgängig und konsequent. Entsprechend hat die glp auch dieses Jahr wieder als verantwortungsbewusste Mittepartei in Zusammenarbeit mit anderen Parteien auf beiden Seiten des politischen Spektrums mit gezielten Anträgen in den einzelnen Departementen sowie vereinzelt Tabellenanträgen dem Stadtrat hierbei unter die Arme gegriffen und somit Mehrheiten für sinnvolle Budgetkorrekturen geschaffen. Die glp erwartet, dass die Praxis, keine Luft einzuplanen, vom Stadtrat flächendeckend in den Dienstabteilungen eingefordert und praktiziert wird. Wir erhoffen uns, dass die RPK sich bald wieder auf die grossen Linien fokussieren kann, ohne im mikroskopischen Bereich auf Einzelkonti-Stufe eingreifen zu müssen. Dies würde der vorgesehenen Rollenverteilung zwischen Parlament und Verwaltung viel eher entsprechen.

Bezüglich des Stellenwachstums bleibt die glp dabei: Das Bevölkerungswachstum soll nicht mit einem linearen Wachstum im Stellenplan einhergehen. Die Stadt muss darauf fokussieren, Effizienzgewinne und Skaleneffekte insbesondere in der engeren Verwaltung zu realisieren, um den Gleichschritt von Bevölkerungswachstum und Stellenwachstum zu unterbinden. Mit eigenen sowie der Unterstützung einzelner anderer Anträge setzt sich die glp für die Eindämmung dieses linearen Wachstums ein. Dasselbe gilt für die Investitionen in Infrastruktur wie in der IT und im Hochbau. Wir Grünliberalen stehen solchen Investitionen zwar grundsätzlich positiv gegenüber, sehen aber Spielraum für eine Plafonierung der Ausgaben anstelle eines stur modellbasierten Substanzerhalts.

Die finanzpolitischen Vorstellungen der Grünliberalen werden zusätzlich mit – zum Teil auch zusammen mit anderen Fraktionen – eingereichten Vorstössen unterstrichen. Dazu gehören die gezielte Aufgabenüberprüfung im Bereich Quartierkoordination und bei den rasant wachsenden sonderpädagogischen Massnahmen sowie die Verlagerung von administrativen Ressourcen von der engeren Verwaltung hin zu den Schulleitungen. Des Weiteren auch die Forderung nach zurückhaltendem Einsatz von gedruckten Inseraten und einheitlicher Regelung von Assessments bei der Rekrutierung. Ein regelrechter Meilenstein grünliberaler Finanzpolitik bildet das Postulat mit der Aufforderung an den Stadtrat, ab 2017 vom jeweils eruierten Mittelbedarf der Stadt mindestens 100 Millionen Franken in Green Bonds, also Grünen Obligationen, aufzunehmen. Vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage nach Grünen Obligationen auf dem Kapitalmarkt einerseits sowie des städtischen Ziels bis 2050 die 2000-Watt-Gesellschaft zu realisieren andererseits, ergibt sich eine bemerkenswerte Win-Win-Situation.

Angesichts der negativen Teuerung sind wir ausserdem der Auffassung, dass jetzt nicht noch zusätzliche Lohnmassnahmen, wie im Novemberbrief veranschlagt, angezeigt sind und lehnen diese entschieden ab. Die Argumentation des Stadtrats, dass dies aufgrund des voraussichtlich positiven Rechnungsabschlusses angemessen wäre, teilen wir nicht. Wir stellen vielmehr die Frage, was der Stadtrat denn plant, wenn wir wie prognostiziert negative Rechnungsabschlüsse haben werden bei gleichzeitig anziehender Teuerung?

Mit Ausblick auf den vorgelegten Aufgaben- und Finanzplan legt sich die glp-Stirn in Sorgenfalten, denn der Stadtrat rechnet selber mittelfristig mit Einnahmehausfällen von jährlich rund 370 Millionen, wovon ca. 300 Millionen aufgrund der USR III und 60-70 Millionen aufgrund Lü16. Selbst ohne USR III und Lü16 erwartet der Stadtrat infolge des Wegfalls positiver Sondereffekte und des Ausgabenwachstums einen laufend steigenden Aufwandüberschuss, der 2020 bei rund 200 Millionen liegen dürfte. Die Bestrebungen der glp, einen mittelfristig konstanten Steuerfuss zu erhalten, sind ohne klare finanzpolitische Zielsetzungen vom Stadtrat kaum zu erreichen.

Der Stadtrat muss dringend über die Bücher. Aber auch das Parlament steht in der Verantwortung, tiefgreifende Massnahmen dann auch mitzutragen. Die fetten Jahre sind vorbei.

2520. 2016/447
Erklärung der AL-Fraktion vom 14.12.2016:
Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Ohne USR-III-Korrekturen wird Stadt den Steuerfuss massiv erhöhen müssen

2016 erwartet die Stadt einen Überschuss von rund 150 Millionen Franken. Und in der Rechnung 2017 drohen ebenfalls keine roten Zahlen. Ungemach erwartet die Zürcherinnen und Zürcher aber, wenn die von

FDP und SVP promotete Unternehmenssteuerreform nicht korrigiert werden kann.

Man kann über die drohende Nettoverschuldung palavern, über den fehlenden Sparwillen der Exekutive schwadronieren, nach Privatisierungen schreien oder schlicht und einfach über die rotgrüne Schuldenwirtschaft herziehen. Es bleibt aber dabei: Über der Stadt Zürich kreist trotz hoher Standards und den bereits spürbaren Kostenabwälzungen vom Kanton auf die Stadt kein Pleitegeier.

Wir wollen den Stadtrat zwar dazu anhalten, den Einsatz der beschränkten Mittel noch stärker auf die zentralen Herausforderungen in den Bereichen Bildung (Tagesschulen), Wohnpolitik (soziale Integration), Gesundheit (Finanzierung von Pflege und Spitälern) und Infrastruktur (Bereitstellung von Schulhäusern und Sportanlagen) zu fokussieren. Und auch dem Gemeinderat wäre nahezu legen, sich während des Jahres vermehrt an diejenigen Tugenden zu halten, die man dem Stadtrat in den langen Dezembersitzungen empfiehlt. Für parlamentarische Strafraktionen, die SVP und FDP auch dieses Jahr wieder fordern, gibt es aber schlicht keinen Anlass.

Die AL hat befriedigt zur Kenntnis genommen, dass eine deutliche Mehrheit des Gemeinderats unsere Einschätzung der Lage teilt. Verschiedene sinnvolle Anträge zu Verbesserungen des Budgets werden eine Mehrheit finden. Das Halali der Defizit-Empörungskoalition wird aber im sanften Licht des Ratssaals verpuffen.

Das heisst nicht, dass wir ruhigen Zeiten entgegensehen. Kommt die Unternehmenssteuerreform in der Form, wie es sich die Klassenkämpfer von rechts wünschen, drohen ab 2018 nicht nur massive Steuererhöhungen, sondern auch schmerzhafteste Leistungseinschnitte.

Um den Wegfall eines Viertels der Steuereinnahmen der juristischen Personen wett zu machen, würde es nicht ausreichen, den Steuersatz um 10 Punkte zu erhöhen. Es müssten zusätzlich drastische Sparprogramme auf die Agenda gesetzt werden. Dabei dürften auch Lieblingsprojekte der FDP wie etwa die Tagesschule ernsthaft Schaden nehmen.

Dieses Jahr wird also die Budgetberatung auch ohne Rückweisung bis in den Februar 2017 hinein dauern. Nicht hier im Gemeinderat, sondern bei der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform wird entschieden, wie die Stadt Zürich im nächsten Jahrzehnt budgetieren kann ... oder budgetieren muss.

2521. 2016/448

Erklärung der CVP-Fraktion vom 14.12.2016: Budget 2017 und AFP 2017–2020

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Ausgeglichenes Budget möglich – Chance verpasst!

Zum ersten Mal hat der Gemeinderat die Möglichkeit zusammen mit dem Budget 2017 über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) zu diskutieren. Die CVP-Fraktion ist darüber sehr erfreut, obschon der Fokus der Diskussion trotzdem auf den Zahlen des nächsten Jahres liegt. Für das kommende Jahr können mit den heutigen Anträgen die Weichen konkret gestellt werden. Mit dem AFP wird es aber möglich, in die mittelfristige Zukunft zu blicken – und die ist trotz rekordhoher Steuereinnahmen alles andere als rosig.

Zwar anerkennt die CVP-Fraktion, dass der Stadtrat erhebliche Anstrengungen unternommen hat, den Haushalt unserer attraktiven Stadt insbesondere im Zusammenhang mit den Herausforderungen des Bevölkerungswachstums im Gleichgewicht zu halten. Dennoch führt der AFP klar und deutlich vor Augen, dass ein strukturelles Problem besteht und mittelfristig mit jährlichen Ausgabenüberschüssen zu rechnen ist. Die CVP-Fraktion begrüsst die Erarbeitung von vorsorglichen Massnahmen zur Ergebnisverbesserung. Wir vermissen im Sinne einer laufenden Überprüfung der Ausgaben aber insbesondere eine Prioritätensetzung, die aus unserer Sicht eindeutig durch den Stadtrat vorgenommen werden muss. Es handelt sich dabei um eine primäre Führungsaufgabe der Exekutive, die von dieser wahrgenommen werden muss.

Auf den ersten Blick sieht das Budget 2017, das der Stadtrat im September 2016 präsentiert hat, nicht dramatisch aus, wies es doch nur ein geringes Defizit aus. Der Novemberbrief hat hingegen zu einer weiteren, deutlichen Verschlechterung geführt. Da sich die Steuererträge weiterhin auf sehr hohem Niveau bewegen und sich die Wirtschaftslage robust präsentiert, sollte im Budget 2017 eigentlich kein Defizit vorliegen, sondern ein Überschuss erzielt werden können. Hier verpasst der Stadtrat eine Chance, das Eigenkapital weiter zu stärken. Zudem wird nun deutlich, dass 2017 die in den Vorjahren eingetretenen Sondereffekte - wie beispielsweise die Höherbewertung der Aktien der Flughafen Zürich AG - nicht mehr zum Tragen kommen, bzw. sich nicht mehr positiv auf Budget auswirken.

Die CVP-Fraktion nimmt positiv zur Kenntnis, dass der Stadtrat weiterhin finanziellen Handlungsbedarf ortet. Doch es ist nicht ersichtlich, wo und in welchen Departementen und Dienstabteilungen er diesen sieht. Vielmehr kann beim genauen Studium des Budgets festgestellt werden, dass die Departemente und Dienstabteilungen den Sparauftrag ganz unterschiedlich umsetzen. Einige bemühen sich tatsächlich, andere scheinen sich um den Auftrag und die angespannte finanzielle Situation in der Stadt zu füttern. Auch da ist der Stadtrat als Gremium in seiner Führungsfunktion gefordert.

2514. 2016/307

Weisung vom 14.09.2016:**Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2017–2020**

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Auch der Stadtrat hat sich gefragt, wie die diesjährige Budgetdebatte verlaufen wird. Wir haben zwei neue Mittel, nämlich das RPK-Tool, das in der Vorstellung nicht ausführlich erwähnt worden ist. Das zweite Mittel ist die Debatte über den AFP. Diese Debatte ist eine sachliche Diskussion über die Stadt und ihren Finanzplan. Wir leisten gerne unseren Beitrag zur Debatte. Der AFP ist nur ein Teil einer Vierjahressicht. Dies drücken wir auch in den Zielen aus, die Walter Angst (AL) erwähnt hat. Wir befinden uns in einer Phase, in welcher der Finanzplan negativ aussieht. Mittelfristig streben wir einen Rechnungsausgleich an, wir wollen das Eigenkapital erhalten und unsere Investitionen im Rahmen des Möglichen selbst finanzieren. Mit anderen Worten: Wir handeln nicht kurzfristig und wir agieren nicht mit kurzfristigen, hektischen Massnahmen. Die Stadt ist ein grosser Tanker, der mit ruhiger Hand geführt werden muss. Ich war gespannt über Ihre Aussagen zum Ausgaben- und Finanzplan. Es war zu erwarten, dass nicht alle Fraktionen davon begeistert sind. Etwas überrascht bin ich, wenn ich die desaströse Sicht betrachte, die negiert, wie weit wir uns in den letzten vier Jahren entwickelt haben. Es wird behauptet, es sei nichts erreicht worden. 2012 hat der Stadtrat gesagt – damals dachten wir, das Eigenkapital sei innerhalb von eineinhalb Jahren aufgebraucht – dass wir entsprechend handeln müssen. Wir haben in den letzten vier Jahren drei Mal eine ausgeglichene, positive Rechnung vorgelegt. Es ist uns gelungen, das Eigenkapital zu halten, es zeichnet sich ab, dass es auf rund 800 Millionen Franken steigen wird. Es ist unverständlich, wie Sie sagen können, dass der Stadtrat nicht gehandelt hat. Wir haben unser Ziel erreicht. Auch 2017 wird das Eigenkapital bestehen bleiben. Das Budget ist formell nicht ausgeglichen. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Rechnung immer besser geworden ist. Klar ist, wir halten an den Zielen fest. Wir vertreten die Ansicht, dass die Rechnung ausgeglichen sein wird. Wir werden versuchen, das Eigenkapital zu halten. Von den zum Ausdruck gebrachten Wünschen nehme ich auf jeden Fall einige mit. Die RPK hat im Hinblick auf den AFP Darstellungs- und Gliederungswünsche. Das werden wir uns sicher anschauen. Wir sind offen, das Instrument soll dazu dienen, die Arbeit und die finanzpolitische Planung zu erläutern. Rätselhaft ist für mich, wie Reserven im AFP gefordert werden können. Ich weiss nicht, unter welchem Konto ich Reserven ausweisen soll. Ich denke, die Stadt ist mit einer langfristigen Sicht, gut gefahren. Die Stadt ist gewachsen und die Verwaltung bringt Mehrleistungen. Seit 2000 ist die Anzahl Wohnungen um 27 000 gestiegen. Seit 2012 gibt es im Steueramt 10 000 zusätzliche Steuerdossiers. Seit 2000 ist die Anzahl Schulkinder um ein Drittel gestiegen. Die Anzahl Krippenplätze wurde verdreifacht. Ich könnte aus jeder Dienstabteilung und aus jedem Departement solche Leistungen erwähnen. Da die Wirtschaft erfolgreich ist, gibt es mehr Arbeitskräfte. Zürich ist ein guter Standort. Es sind Familien entstanden, die hier leben. Für diese schaffen wir Lebensräume. Dies bedingt Investitionen und Kosten. Der Kanton erwartet bis 2035 ein weiteres Wachstum um 80 000 Personen. Entsprechend gilt es zu investieren. Das ist eine Chance für die Stadt. Eine wachsende Stadt ist eine lebendige Stadt. Die Stadt ist attraktiv für die Bevölkerung. Sie ist aber auch attraktiv für Unternehmerinnen und Unternehmer. Sie ist ein Ort, an dem man unternehmerisch erfolgreich sein kann. Diese Breite hat der Stadtrat im Fokus. Wir haben Herausforderungen vor uns. Infrastruktur verursacht auch Kosten. Wir müssen dies finanzieren. In diesem Sinn hat der Stadtrat das Budget mit einem Defizit von 68,7 Millionen Franken vorgelegt. Das Defizit beträgt somit 0,78 % des Gesamtbudgets. Wenn die CVP sagt, wir hätten das Budget seit dem Novemberbrief dramatisch verschlechtert, antworte ich darauf, dass die Verschlechter-*

rung 0,3 % des Gesamtbudgets bedeutet. Wir gehen davon aus, dass sich das Budget in eine positive Rechnung verwandeln wird. Das Budget umfasst auch Investitionen von rund einer Milliarde Franken. Wir sind überzeugt, dass die Investitionen nötig sind. Wir sind auch überzeugt, dass der Steuerfuss richtig ist. Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass dieser Antrag unbestritten ist. Die Leistungsüberprüfung des Kantons sowie die Unternehmenssteuerreform wurden erwähnt. Dabei handelt es sich um Herausforderungen für uns. Ich werde weiter darauf hinweisen, wenn versucht wird, die Stadt finanzpolitisch zu schwächen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum Budget und AFP sowie zum Änderungsantrag AFP:

Walter Angst (AL): Ich möchte zwei Fakten voranstellen. Wir und die Presse erhielten bei der Vorstellung des Budgets zum AFP eine Präsentation. Es gibt zwei Darstellungen, die sichtbar machen, wie der AFP verändert wurde. Das Eigenkapital liegt bei 750 Millionen Franken. Ich möchte das Thema Zielsetzungen erwähnen. Die Zielsetzungen des Stadtrats sind klar. Die RPK empfiehlt dem Stadtrat ausgeglichene Budgets, damit das dritte Ziel erreicht werden kann. Die Investitionen sollen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Dies funktioniert nur, wenn es einen Überschuss gibt. Der Stadtrat plant Massnahmen für die Situationen, die auf uns zukommen. Man kann die Ziele kritisieren. Es ist jedoch unzutreffend, wenn gesagt wird, der Stadtrat würde nichts tun. Die Mehrheit der RPK empfiehlt die Annahme des AFP. Sie nimmt zur Kenntnis, dass der Budget- und AFP-Prozess in dieser Weise weitergeführt wird. Die AFP-Planzahlen sind eine Kumulation der Eingaben der Departemente. Diese sind von den langfristigen Strategien des Stadtrats bestimmt, es werden jedoch noch keine finanzpolitischen Schwerpunkte gesetzt. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Kurven mit den Defiziten immer wieder heruntergehen. Andernfalls müssten wir einen anderen Planungsprozess definieren. Im Prinzip müssten wir Departemente zwingen, im Vorfeld zu sagen, was im AFP stehen soll. Dies würde auch uns betreffen, indem wir sagen müssten, welche Bestellungen wir in Auftrag geben wollen. Deshalb ist die Mehrheit der RPK der Ansicht, dass es sinnvoll ist, den AFP zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Wir wünschen uns, dass kein Defizit erreicht wird. Der Stadtrat hat gesagt, dass ein strukturelles Defizit von ungefähr 50 bis 100 Millionen Franken vorliegt. Die Vorgaben halten wir als RPK mit unseren Ergänzungen für sinnvoll. Die Mehrheit der RPK empfiehlt Zustimmung zum Globalbudget. Der Stadtrat hat ein ehrliches Budget ohne Sondereffekte, Korrekturen oder Pauschalkürzungen vorgelegt. Mit den Änderungsanträgen, die eine Mehrheit finden, wird kein positives Budget herauskommen, das sich die SVP wünscht, um den Steuerfuss so früh wie möglich senken zu können. Das Budget wird um 30 bis 40 Millionen Franken verbessert. 2017 können die Investitionen zunehmend aus einem Gewinn heraus finanziert werden.

Michael Baumer (FDP): Wenn ich den Voten und Fraktionserklärungen zugehört habe, bin ich mir nicht sicher, ob Sie der Meinung sind, das Glas sei halbvoll oder halbleer. Ich habe den Eindruck, dass sich die Linke mit einem negativen Budget bequem eingerichtet hat, weil davon ausgegangen wird, dass die Rechnung positiv ausfallen wird. Für die Minderheit ist klar, dass das nicht ausreicht. Die Stadt befindet sich im internationalen Wettbewerb, wir wissen nicht, wie sich die Wirtschaft entwickeln wird. Der zunehmende Protektionismus ist für Handelsmetropolen nicht nur förderlich. Es geht auch um mittelfristige Entwicklungen. Umso besser, dass wir heute erstmals über den AFP sprechen können. Wenn wir ihn uns anschauen, muss man sagen, dass es sich um kein Budget handelt. 2018 ist ein Defizit von 133 Millionen Franken vorgesehen. Es klingt so, als ob es sich einfach um eine Auflistung von Projekten handle, die noch priorisiert würden. Dann ist die Bezeichnung als Finanzplanung falsch. Es handelt sich sicher um einen Ausblick darauf, wie sich die Situation entwickeln soll. Stadtrat Daniel Leupi hat offenbar

nicht verstanden, auf welchem Konto die Reserven verbucht werden sollen. Mit den Reserven war der Handlungsspielraum gemeint, den wir hätten, wenn der AFP im Jahr 2018 kein Defizit aufwiese. Dann könnten wir uns im laufenden Jahr Gedanken machen, wo wir andere Schwerpunkte setzen könnten und wie wir weitere Aufgaben und externe Faktoren ohne Probleme absorbieren könnten. Es kommt darauf an, wovon man ausgeht, wenn man eine Finanzplanung realisieren möchte. Wenn man von einem Minus von 133 Millionen Franken anstatt von einer Null ausgeht, ist man natürlich stärker gebunden und kann nicht flexibel reagieren. Wenn man sich das vor Augen hält, ist es logisch, warum die Stadt so lautstark gegen die Unternehmenssteuerreform Stellung bezogen hat. Man möchte davon ablenken, dass die Ziele nicht erreicht wurden. Das Budget 2017 sollte ausgeglichen sein. Dies wurde zunächst so umgedeutet, dass nur die Rechnung gemeint gewesen sei. Dann wurde gesagt, es sei das Eigenkapital gemeint gewesen. Das Budget weist ein Defizit von 68 Millionen Franken auf. Wir nehmen den Stadtrat ernst und müssen das Budget ablehnen, weil die Vorgaben des Stadtrats nicht erreicht wurden. Wir haben verlangt, dass uns offengelegt wird, welche Massnahmen eingeleitet worden waren. Es wurden uns 58 Millionen Franken an Verbesserungen aufgelistet. Hätte man die Aufgabe erfüllt und die Finanzplanung zumindest für das erste Jahr nahe bei Null angesetzt, wäre der Stadtrat nicht in der Defensive und wir könnten notwendige Investitionen tätigen. Ich kenne die Lösung der Linken. Es braucht mehr Steuergelder. Deshalb wird es als dramatisch erachtet, dass Bund oder Kanton an den Steuereinnahmen herumschrauben könnten. Dieser Wunsch ist schon lange in Erfüllung gegangen. Im Vergleich zu 2009 sind die Steuereinnahmen um 580 Millionen Franken gestiegen. Im Vergleich zu 2008, also im Vergleich zum Zeitpunkt vor der Finanzkrise, sind die Steuereinnahmen um 460 Millionen Franken gestiegen. Dies bedeutet eine Steigerung um 20 %. In derselben Zeit ist die Bevölkerung um 7 % gewachsen. Wenn man jetzt sagt, Bund und Kanton würden Ausfälle in Höhe von etwa 1,5 % unserer Ausgaben verursachen, dann hätte man vorher priorisieren sollen. Das Gewerbe wurde angesprochen. Das Steuerniveau wird für das Gewerbe zunehmend zum Problem. Die Steuerreform, die kritisiert wird, kommt gerade noch rechtzeitig, damit die innovativen Firmen in der Stadt eine Zukunft haben. Wir sind der Ansicht, dass die Finanzplanung ungenügend ist.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Rückweisungsantrag Budget:

Walter Angst (AL): Die Mehrheit der RPK beantragt die Ablehnung des Rückweisungsantrags. Ich möchte auf etwas zurückkommen, was Martin Götzl (SVP) in der Fraktionserklärung gesagt hat. Ein wesentlicher Trieb unserer Defizitwirtschaft sei, so Martin Götzl (SVP), das Bevölkerungswachstum. Es ist nicht so, dass Stadtpräsidentin Corine Mauch an der Tür steht und die Leute zu uns einlädt, dies tut Markus Kägi. Eine intelligente Finanzpolitik zielt darauf ab, mit effizient erbrachten und attraktiven Leistungen, einem motivierten Personal und einer vernünftigen Haushaltspolitik, die Einkommen, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten. Die vor kurzem von der Stadtentwicklung veröffentlichte Studie, welche die Probleme des Gewerbes und der Wirtschaft anspricht, ist diesbezüglich interessant. Sie bestätigt diese Sicht. Es sind drei Punkte, in denen Zürich dieser Studie zufolge als verbesserungswürdig gilt. Dies betrifft die Steuern. Jede Firma sagt, es wäre besser, wenn sie weniger Steuern zahlen müsste. Es werden jedoch zwei weitere Aspekte genannt, nämlich bezahlbare Wohnungen und gute Kinderkrippen. Das entspricht ungefähr dem, was wir tun und was in diesem Budget abgebildet wird. Eine Budgetrückweisung wirkt wie ein Torpedo, das man auf die Verwaltung abschießt. Die Rückweisung kann in Ausnahmefällen als Ultima Ratio vielleicht sinnvoll sein, wenn alles aus dem Ruder läuft. Wenn in der heutigen Situation ein Rückweisungsantrag gestellt wird, dann ist das eine Art politisches Fahnen-schwingen.

Stefan Urech (SVP): «Schulden sind schnell gemacht, die negativen Folgen der Verschuldung sind aber oft nachhaltig.» Dieses Zitat stammt von der Website der Schuldenprävention der Stadt. Ende September hat der Stadtrat das Budget präsentiert, welches in einem Rekordsteuerjahr ein Minus von 70 Millionen Franken vorsieht. Einen Monat später hat derselbe Stadtrat eine Medienmitteilung veröffentlicht, derzufolge die Schuldenprävention ihr Angebot ausbaue. Erstmals sind sämtliche Zürcher Oberstufenschüler in den Genuss eines Schuldenpräventionsworkshops gekommen. Neu sollen auch vermehrt Erwachsene staatlich dazu belehrt werden, wie sie Kindern einen angemessenen Umgang mit Geld beibringen. Man ist durch mehrere Studien zur Kenntnis gelangt, dass Eltern eine Vorbildfunktion für ihre Kinder haben. Grotesk ist, dass ein Vertreter einer Fachstelle in die Schulklassen geht und den Schülern vermittelt, sie sollten keine Schulden machen. Gleichzeitig hat die Stadt die Frechheit, uns ein Budget vorzulegen, das ein Minus von 70 Millionen Franken budgetiert und den Schuldenberg von 9 Milliarden Franken weiter wachsen lässt. Zum Schluss des Workshops werden vierzehn Tipps dazu verteilt, wie ausgeglichen budgetiert wird. Selber hält sich die Stadt lediglich an einen einzigen dieser Tipps. Die Stadt macht nämlich auch ein Budget und überprüft regelmässig, ob es noch stimmt. Gemäss dem zweiten Tipp soll ein Lohn- und ein Sparkonto eingerichtet werden. Ersteres soll nicht überzogen werden. Auf das Zweite sollen mit einem Dauerauftrag Sparbeträge überwiesen werden. Das schreibt eine Stadt, die ein Minus von 70 Millionen Franken budgetiert und einen Schuldenberg von 9 Milliarden Franken hat. Drittens sollen die Quittungen und Belege von grösseren Käufen gesammelt und geordnet werden. Das schreibt ein Stadtrat, der beim ERZ eine Überschreibung von 14 Millionen Franken hat. Dazu sind zahlreiche Unterlagen nicht auffindbar. Viertens soll das Budget angepasst werden, wenn sich Einnahmen oder Ausgaben ändern. Der Stadtrat zeigt seit Jahren keine Anpassungsfähigkeit. Fünftens sollen Preise verglichen und Sonderangebote genutzt werden. Der Stadtrat kauft teure Luxussofas für die Zürcher Schulen. Sechstens sollen lange, kostenpflichtige Gespräche mit dem Mobiltelefon vermieden und es soll über das Internet kommuniziert werden. Der Stadtrat beantragt in jedem Departement Spesenerhöhungen, weil mehr telefoniert werden müsse. Siebtens soll man sich vor einem Kauf fragen, ob man den Gegenstand wirklich braucht oder seine Kollegen beeindrucken will. Der Stadtrat will 2017 das Cabaret Voltaire kaufen, um seine Genossen zu beeindrucken. Ich möchte nur noch den letzten Tipp dieser Broschüre erwähnen. Es soll zuerst gespart und dann gekauft werden, um realistisch zu bleiben und Träume erfüllen zu können, ohne in einer Traumwelt zu leben. Meine Damen und Herren, helfen Sie uns jetzt, den Stadtrat aus seiner Traumwelt wachzurütteln. Wann, wenn nicht jetzt, sollen wir den Schuldenberg zurückzahlen? Gelten für den Stadtrat nicht dieselben Regeln, wie diejenigen, die er den Zürcher Jugendlichen in den Schulen predigt? Gelten andere Regeln, wenn es um das eigene Geld geht, als wenn mit dem Geld Anderer gespielt werden kann? Was würden Sie tun, wenn Ihr Sohn oder Ihre Tochter Ende Jahr sagen würde, sie brauche trotz Lohnerhöhung 7000 Franken, um die letzten drei Mieten zahlen zu können? Sie würden sie zur Schuldenprävention schicken. Beim Stadtrat gelten andere Regeln.

Eintreten ist unbestritten

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Heute wurde viel in den Fraktionserklärungen gejammert. Schuld an der Misere ist angeblich die kommende Unternehmenssteuerreform. Diese wollte die Schweiz nicht freiwillig einführen. Die Unternehmenssteuerreform ist aufgekommen, weil die Steuern auf der ganzen Welt harmonisiert werden sollen. Gleichzeitig wird gesagt, dass gute Voraussetzungen für Unternehmer geschaffen werden sollen. In der entsprechenden Studie sind die Steuern eines der wichtigeren Themen. Früher wurde gesagt, Steuern seien nicht wichtig. Ihr Problem ist, dass Sie nicht merken wollen, wo die aus-

geglichenen Rechnungen herkommen sollen. Es wird gesagt, der AFP sei lediglich eine Bestandsaufnahme. Wenn man die früheren AFP mit der Rechnung vergleicht, sieht man, dass die AFP meist beim Aufwand ziemlich treffsicher prognostiziert hatten. Wenn ich den AFP 2013 bis 2016 nehme, wurde darin der Gesamtaufwand für 2016 auf 8,7 Milliarden Franken geschätzt. Der AFP 2017 bis 2020 enthält Vergleichszahlen. 2016 belief sich der Aufwand genau auf 8,7 Milliarden Franken. Die Prognosen im AFP sind also zutreffend. Bei den Einnahmen sind die Prognosen vielleicht unzutreffend, weil sie nicht selbst geregelt werden können. Ein Beispiel für das Thema Einnahmen oder Minderausgaben sind die Passivzinsen. Sie wissen, wir leben in einer Welt der künstlichen Tiefstzinsen. Wenn die Zinsen so tief sind, nimmt die Gefahr zu, dass sich die Leute verschulden. 2013 wurde damit gerechnet, dass 2016 249 Millionen Passivzinsen gezahlt werden. Gemäss AFP 2017 bis 2020 wurden für das Jahr 2016 160,5 Millionen Franken eingesetzt. Es wurden also 90 Millionen Franken weniger Zinsen gezahlt. Trotzdem ist das Budget nicht ausgeglichen. Für 2017 wird mit Passivzinsen in Höhe von 138,5 Millionen Franken gerechnet. Das zeigt, dass Sie keinen Spielraum für Ausgleichs haben. Sie haben keinen Willen dazu. Der Aufwand wird ausgeweitet. 2020 sollen sich die Ausgaben auf 8,9 Milliarden Franken belaufen. Sie wissen, dass die Unternehmenssteuerreform kommt. Wieso werden die Aufwandsteigerungen weiterhin eingegeben? Es ist eine unglaubliche und unselige Politik.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Ich habe eine Rückmeldung zu Michael Baumer (FDP). Man bekommt den Eindruck, dass das Heft lediglich Finanzplan heisst. Es heisst aber Aufgaben- und Finanzplan. Es werden darin auch alle Projekte aufgeschrieben und aufgeführt, welche die einzelnen Departemente planen. Davon hört man nichts mehr. Es wird nur noch über Zahlen gesprochen. Mich würde interessieren, welche Aufgaben, Dienstleistungen und Aufträge gestrichen werden sollen. Der AFP zeigt auf, was alles geplant ist. Es handelt sich um einen Ausblick. Man sieht, was geplant ist. Man sieht, dass der Steuerfuss bei 119 % liegt. Ich bin sehr erstaunt über den Rückweisungsantrag und seine Begründung.

Raphaël Tschanz (FDP): Ich werde Ihnen ein Zitat vorlesen. Es richtet sich an Stadtrat Daniel Leupi. Wir haben gehört, wie dramatisch die Unternehmenssteuerreform wahrgenommen wird. Das Zitat stammt von einer Person, die sich auskennt. «Daniel Leupi hat es sehr gut gemacht. Er hat seinem Regierungsrat bereits entlocken können, wie viel Kompensation die Stadt Zürich erhalten wird. Seiner Meinung nach sind aber die Berechnungen des Bundes zu tief. Mal angenommen, sie sind korrekt: Dann wird Zürich etwa 200 Millionen weniger einnehmen, während die Hälfte bereits durch die Kompensation gedeckt ist. Basel bewegt sich etwa im gleichen Rahmen, allerdings hat Zürich ein gut doppelt so grosses Budget. Ebenfalls muss man beachten, dass die Schwankungen der Steuereinnahmen durch juristische Personen schnell einmal 50 bis 100 Millionen Franken ausmachen können. Deshalb muss man die Kritik in Relation sehen. Wenn man kritisiert, sollte man auch einen besseren Vorschlag machen. Bei keinem mir bekannten Vorschlag würden jedoch Kantone und Gemeinden mehr Geld erhalten, als bei der Unternehmenssteuerreform III.» Das Zitat stammt von der SP-Regierungsrätin Eva Herzog aus Basel-Stadt.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wenn man den Finanzplan anschaut, kann man sich nur noch wundern, dass das Budget so negativ ist. Im Finanzplan erkennt man einen Titanicplan. Es wird aufgezeigt, wohin der Kurs geht. Man sieht im AFP einen permanenten Ausgabenüberschuss, der steigt. Wir haben zunehmendes Fremdkapital. Die Zahlen befinden sich im Sturzflug, insbesondere das Eigenkapital. Wenn es so weitergeht, sind wir im Jahr 2021 im Bilanzfehlbetrag. Dann müssen wir nicht mehr darüber sprechen, ob das Glas halbvoll oder halbleer ist. Spätestens 2021 ist das Glas zerbrochen. Das alles passiert auf der Annahme, dass die Zinsen so tief bleiben. Diese An-

nahme ist naiv. Gerade die Wahlen in den USA könnten dazu führen, dass das Zinsniveau steigen wird. Wir werden dann sehen, wo die Stadt mit dem Fremdkapital bleibt. Das ist noch nicht genug. Wenn die Zinsen steigen werden, befinden wir uns wieder dort, wo wir 2007 und 2008 waren, als die Finanzkrise wegen steigender Zinsen anfang. In der Administration haben wir ein Dreiergremium von Goldman Sachs. Denen ist die Finanzkrise egal. Wir müssen uns keine Hoffnungen machen, dass dieses Gremium Massnahmen einleitet, um die Krise zu vermeiden. Die Unternehmenssteuerreform ist ein typischer Nebenkriegsschauplatz. Der Finanzplan dient dazu, uns schonend darauf vorzubereiten, dass künftig eine Steuererhöhung drohen wird. Auch diese würde uns nicht mehr retten.

Martin Bürlimann (SVP): Gemäss AFP wird ab 2020 mit negativen jährlichen Ergebnissen in Höhe von 200 Millionen Franken gerechnet. Das Problem wird sehr klar benannt. Wir erkennen keine konkreten Massnahmen. Man könnte überflüssige Grundstücke verkaufen oder auch Aktienpakete um das Eigenkapital zu stärken, man könnte sich auf die Kernaufgaben konzentrieren. Die Kernaufgaben sollten benannt werden und es sollten Dinge ausgeschieden werden, die nicht zu den Kernaufgaben gehören. Davon steht im AFP nichts. Es ist löblich, dass das Problem benannt ist. Erschwert werde die Aufgabe dadurch, dass viele Massnahmen schon ausgeschöpft seien und neue Massnahmen stärkere Einschnitte ins Leistungsniveau bedeuten würden, so der AFP. Konkret bedeutet dies, dass der Stadtrat keine Massnahmen will, weil das die Leistung senken könnte. Jetzt wird es problematisch. Wenn Sie wissen, dass Sie ein strukturelles Defizit haben, ist das ein Problem. Ein strukturelles Defizit kann nicht ausgeglichen werden, es braucht Massnahmen. Eine Minderheit der RPK hält die Zielsetzungen des Stadtrats für ungenügend und ist besorgt, dass der Stadtrat nur auf erhöhte Steuereinnahmen wartet.

Christian Traber (CVP): Wir stimmen weder dem ausdrücklichen Lob in der Fraktionserklärung der SP von Florian Utz (SP) zu, noch sind wir bei den Schwarzmalern der SVP. Stadtrat Daniel Leupi hat bereits gesagt, dass der Tanker mit Weitsicht gesteuert werden muss. Die Weitsicht fehlt uns. Wir können darüber sprechen, wie es in drei Jahren aussehen soll. Andererseits sehen wir die nackten Auswirkungen für 2017. Wir hätten erwartet, dass der Stadtrat die günstige Situation ausnützt. Einerseits gibt es die Leistungsüberprüfung durch den Kanton, andererseits die Unternehmenssteuerreform. Es wird zunächst ein negativer Einfluss auf die städtischen Finanzen dokumentiert. Die Unternehmenssteuerreform wird nicht den Untergang der Stadt bedeuten. Andere Gemeinden betrachten diese als Chance. Eine Steuerreform kann eine Chance sein, um neue Gelder zu generieren. Zudem kann dadurch Sicherheit für Unternehmen geschaffen werden. Wir brauchen die Unternehmenssteuerreform. Etwas mehr Gelassenheit in dieser Hinsicht würde uns gut tun.

Shaibal Roy (GLP): Ich möchte mich meinem Vorredner anschliessen. Anstatt Gelassenheit gibt es bei uns Sorgenfalten in Bezug auf die Aspekte, die im AFP transparent und realistisch dargelegt wurden. Wir sind der festen Überzeugung, dass Schwarzmalerei unnötig ist. Wir können den Tanker noch wenden, wenn wir frühzeitig eingreifen. Dieses Eingreifen erkennen wir zu wenig. Wir fordern, dass sich die Stadt proaktiv mit Massnahmen beschäftigt und diese auch umsetzt. Diese sind heute zu wenig erkennbar. Wir sehen, dass es positive Rechnungsabschlüsse gibt. Dies liegt zu stark an Sondereffekten und positiven Steuereinnahmen. Ich glaube, dass wir mit der Unternehmenssteuerreform ein Steuerungsinstrument haben werden, welche die positive Steuerentwicklung nicht nur für natürliche Personen, sondern auch für juristische Personen in eine positive Richtung bringen wird. Wir brauchen einen Massnahmenkatalog. Dann wird sich der AFP auch positiv entwickeln. Wir müssen jetzt handeln. Den AFP werden wir zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Florian Utz (SP): Ich möchte auf das Votum von Stefan Urech (SVP) replizieren. Das Votum war nicht nur amüsant, es hätte auch seine Berechtigung, wenn der Stadtrat die Finanzen nicht im Griff hätte. Die Rechnung 2016 wird mit einem Überschuss von 150 Millionen Franken abschneiden. Wir werden Ende Jahr ein Eigenkapital von 800 Millionen Franken haben. Da gibt es weder Defizite noch Schulden. Gerade weil der Stadtrat die Finanzen im Griff hat, hat er fast alle Tipps beherzigt. Im ERZ wurden tatsächlich die Quittungen nicht aufbewahrt. Der einzige Tipp, der dem Stadtrat mitgegeben wird, ist, auf Einnahmen zu verzichten. Gerade weil Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht liegen müssen, ist es wichtig, dass der Stadtrat schaut, dass die Ausgaben nicht zu stark steigen und die Einnahmen nicht zu stark sinken.

Stefan Urech (SVP): Ich muss kurz Stellung nehmen. Mein Votum wurde als amüsant und als nicht stichhaltig dargestellt. Ich habe von Florian Utz (SP) nicht gehört, ob für die künftigen Lehrlinge der Stadt andere Spielregeln gelten als für die politische Elite. Wir haben in der Antwort der SP gehört, dass die Stadt dem Prinzip Hoffnung folgt. Die Linke wirft sich in die Arme der Banken, der Börse und der Spekulanten. Es wird auf tiefere Zinsen und grosse Gewinne an der Börse gehofft. Ansonsten wird das Gegenteil gepredigt.

Derek Richter (SVP): Der AFP zeigt den Anfang vom Ende. Im AFP steht, dass ab 2020 mit negativen jährlichen Ergebnissen in Höhe von 200 Millionen Franken gerechnet wird. Demgegenüber steht die Geldflussrechnung. 2020 werden wir 272 Millionen Franken flüssige Mittel haben. Ein Ende ist absehbar. Ich möchte die Rede des Finanzvorstehers Daniel Leupi auf drei Worte zusammenfassen: Wir schaffen das. Im AFP werden die Unternehmenssteuerreform und die Leistungsüberprüfung erwähnt. Ein wesentlicher Faktor wird im AFP nicht erwähnt, nämlich das Zinsniveau. Es gibt bereits heute moderate Zeichen aus den USA, dass das Zinsniveau steigen kann. In der Privatwirtschaft würden solche Rekorderlöse und ein solches Minus ein Ende des Betriebs bedeuten. In der Privatwirtschaft wird das Geld verdient. Die Stadt wirft es mit beiden Händen zum Fenster heraus. Die Sozialausgaben laufen aus dem Ruder. In den Medien haben wir gehört, dass vier Fünftel der Zuwanderer keine Fachkräfte sind. Sie leisten also keinen Beitrag zum Bruttosozialprodukt. Das ist genau das, was die SVP seit Jahren sagt. Wir wurden immer belächelt und als rassistisch betitelt. Dieser Bumerang wird uns treffen. In diesem Zusammenhang möchte ich die drei Millionen Franken Entwicklungshilfe erwähnen. Entwicklungshilfe ist Aufgabe des Bundes. Die drei Millionen Franken werden dreissig Millionen Sargnägel für unsere Kultur. Die Spitze bilden die Kulturausgaben. Es ist ungeheuerlich, was uns als Kultur verkauft wird. Es ist unglaublich, dass wir das alles auch zahlen müssen.

Severin Pflüger (FDP): Ich finde es beängstigend, dass die Artillerie der rechten Seite mit panzerbrechenden Munition schießt und die andere Seite dem nichts entgegenhält. Es geht darum, ob die Unternehmenssteuerreform die Stadt 300 Millionen Franken kosten wird. Ich möchte der Genealogie dieser Zahl auf den Grund gehen. Ihren Anfang nahm sie im Jahr 2012, als uns die freisinnige Regierungsrätin Ursula Gut mitteilte, dass uns die Unternehmenssteuerreform etwa 850 Millionen Franken kosten wird. Die Kosten für die Stadt würde sich gemäss Ursula Gut auf 350 Millionen Franken belaufen. Stadtrat Martin Vollenwyder rechnete nach und kam zur Einsicht, dass sich die Kosten für die Stadt auf 350 Millionen Franken belaufen werden. Gleichzeitig gibt es diverse Verschiebungen und den Finanzausgleich. Er ging von einer tatsächlichen Belastung von 90 Millionen Franken aus. 2013 hat der Städteverband nachgerechnet und kam zu 300 Millionen Franken. Alle rechneten damit, dass der Steuerfuss bei den Gewinnsteuern auf 15 % sinken wird. Der Regierungsrat schlägt aktuell 18,2 % vor. Jetzt kommt der Stadtrat und rechnet mit Steuerausfällen zwischen 180 und 200 Millionen Franken. Daraufhin

greift er in die Trickkiste und sagt, die Werkzeugkiste koste 100 Millionen Franken. Ich habe diverse Steuerberater gefragt, ob diese Berechnung realistisch ist. Alle sind der Ansicht, dass dies unrealistisch ist. Das führt dazu, dass ich die dynamische Studie des BAK Basel glaubwürdig finde. Wenn wir ernsthaft debattieren, müssen wir von 122 Millionen Franken ausgehen. Es ist Aufgabe unserer Medien, die Zahlen einander gegenüberzustellen und nicht beide als Meinungen gelten zu lassen. Fakten sollten überprüft werden. Selbstverständlich handelt es sich um Prognosen. Prognosen sind ungewiss. Die Geschichte des unterdrückten Bürgers funktioniert nur bei 300 Millionen Franken. Der AFP zeigt uns ein Steuerwachstum von 320 Millionen Franken. Es wird gesagt, diese würden gebraucht, wenn man eine wachsende Stadt sei. Bei den Departementen wachsen die Saldos nicht so stark. Das ist verkraftbar.

Dr. Pawel Silberring (SP): Ich möchte auf die Zahlen zur Unternehmenssteuerreform zu sprechen kommen. Die Stadt sagt, dass durch die Reduktion des Anteils der Gemeinde, 200 Millionen Franken verloren gehen. Über den Finanzausgleich kommen 78 Millionen Franken in die Stadt zurück. Dieses Geld stammt vom Kanton. Dies ergibt 122 Millionen Franken, mit denen der Kanton hausiert. Darin sind alle drei zusätzlichen Massnahmen, also die Lizenzbox, der virtuelle Zinsabzug sowie die Überkompensation der Entwicklungskosten, nicht enthalten. Wir sind zum Beispiel ein reines Ingenieurbüro. Alles, was wir tun, ist Entwicklung. Mit der Unternehmenssteuerreform hätten wir die untere Grenze der 20 % mit einer der Massnahmen erreicht. Die Massnahmen sind deswegen erstritten worden, um angewandt zu werden. Es ist falsch, dort eine Null einzusetzen.

Roger Liebi (SVP): Pawel Silberring (SP) hat nicht ausgerechnet, was er verlieren würde, wenn die Unternehmenssteuerreform nicht käme. Wenn die Unternehmenssteuerreform nicht käme, wird davon ausgegangen, dass die Steuereinnahmen gleich bleiben. Diese Rechnung könnte fatal sein. Das wird sich zeigen. Ich möchte mich auf die Tatsachen berufen. Im AFP werden für das Jahr 2020 11 Milliarden Schulden angenommen. Nehmen Sie eine Zinssatzerhöhung von einem Prozent. Warum gehen Sie nicht davon aus? Warum sagen Sie nicht, dass es schlimm wäre, dass wir plötzlich pro Jahr 100 Millionen zusätzliche Zinsen zahlen müssten? Warum sind die 200 Millionen Franken aus der Unternehmenssteuerreform ein Thema, nicht jedoch die 100 Millionen Franken aus einer möglichen Zinssteigerung? Ich finde es unglaublich, warum nicht über Schulden gesprochen wird. Im AFP schreibt der Stadtrat Daniel Leupi, dass sich aus dem Bevölkerungswachstum Kosten ergeben, die nur teilweise aus Steuereinnahmen gedeckt werden könnten. Was bedeutet das? Entweder müssen die Steuern erhöht werden oder die Schulden werden steigen. Unser Problem sind die Schulden, die nicht zurückgezahlt werden. Eines Tages werden wir mit den Zinssätzen ein Problem haben.

Severin Pflüger (FDP): Trotz wachsender Stadt schrumpfen beim Sozialdepartement die Ausgaben um 15 Millionen Franken. Das bringt mich zum Schluss, dass die wachsende Stadt nur ein Feigenblatt dafür ist, dass man nicht überall konsequent bei der Umsetzung einer Budgetstriktheit ist. Das Nötige wird vom Unnötigen nicht sauber getrennt. Wenn wir eine wachsende Stadt haben und das propagieren, können wir das unseren Bürgern nur so verkaufen, dass dadurch die Mietzinsen sinken und die Steuern nicht steigen, sondern mehr Leistungen bezogen werden können. Andernfalls ergibt eine wachsende Stadt keinen Sinn. In einem Jahr sind Stadtratswahlen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie die Stadtratswahlen gewinnen, wenn Sie den Bürgerinnen und Bürgern erzählen, dass die wachsende Stadt auch steigende Kosten verursachen wird und dass dies erwünscht ist. Warum wird noch immer von 300 Millionen Franken gesprochen? Wo ist die Differenz von 178 Millionen Franken? Bei 122 Millionen Franken funktioniert die Argumentation nicht. Ich habe vorhin vorgelesen, dass es sich um einen Millionenbetrag handelt, der herausgeschwitzt werden kann. Das Geld für die Schulen

und Blaulichtorganisationen haben wir noch immer. Die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform würde der Schweiz schaden. Wir haben den Fehler gemacht, weil wir dachten, dass uns die internationale Steuerentwicklung nicht interessiert. Wir haben den Karren an die Wand gefahren. Wenn wir die Unternehmenssteuerreform nicht annehmen, fahren wir gegen die nächste Wand.

Dorothea Frei (SP): Ich habe mir die Voten zur katastrophalen Finanzlage angehört. Bleiben wir bei den Fakten. Wir haben ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von über 113 Millionen Franken, 528 Millionen Franken Eigenkapital, einer Nettoverschuldung von über 2 Milliarden Franken, einer Bruttoverschuldung von über 5 Milliarden Franken, die zu 7 – 8 % verzinst wurden. Gleichzeitig gibt es einen Antrag auf Steuerreduktion auf 118 %. Das sind die Kennzahlen des Budgetantrags von Dezember 1989 des bürgerlichen Stadtrats. Das war das Schlussresultat nach 40 Jahren bürgerlicher Regierung, die fast ausschliesslich während der Hochkonjunktur stattfand. 1989 haben knapp 356 000 Menschen in dieser Stadt gelebt. Wir könnten sagen, dass die Menschen die Stadt beinahe fluchtartig verlassen haben. Vor diesem Hintergrund ist das Votum der FDP seltsam. Seither wurden Erbschafts- und Stempelsteuern abgeschafft. Wir haben die Bankenkrise bewältigt. Die Pflegefinanzierung wurde geändert, wir haben Kindertagesstätten aufgebaut. Wir haben Schulhäuser und Spitäler gebaut. Bei den juristischen Personen gibt es neue Steuerzahler im Bereich IT, Industrie und Medien. Es kam zu einer Diversifizierung, wir sind nicht mehr von Banken und Versicherungen abhängig. Hotels haben ebenfalls erfreuliche Entwicklungen durchgemacht. Gegenüber 2005 sind die Übernachtungen um 33 % gestiegen. Im November 2016 haben 417 000 Menschen hier gelebt. Die Stadt ist attraktiv für Einwohnerinnen und Einwohner, für Unternehmen und für TouristInnen. Die Finanzen sind gesund. Wir haben einen Steuerfuss von 119 % seit 2007. Das ist ausserordentlich stabil. Die Infrastruktur ist gesund und wir haben keinen Renovationsstau. Der Stadtrat war erfolgreich. Beim bürgerlichen Kanton sieht es anders aus. Dort werden Sparpakete verhandelt. Die Kosten werden als Sparmassnahme auf die Gemeinden verschoben. Wenn es Bund und Kanton gut geht, geht es auch der Stadt gut.

Shaibal Roy (GLP): Ich möchte auf den erwähnten Zinsanstieg eingehen. Diese Erwähnung erstaunt mich. Wir haben ein Portfolio mit langfristigen Schulden. Die Zinssensitivität mit einer durchschnittlichen Laufdauer von 9,2 Jahren ist äusserst gering. Auch wenn die Zinsen auf 5 % bis 2022 steigen sollten, sinkt die Zinslast für die Stadt in den nächsten Jahren. Die Angstmacherei ist nicht zielführend. Es wird von einer vollkommen falschen Annahme ausgegangen. Selbst wenn die Zinsen steigen, haben wir eine Zinslast, die reduziert wird.

Mario Babini (parteilos): Ich muss Shaibal Roy (GLP) Recht geben. Wenn wir ein vernünftiges Risikoszenario erstellen, dann wird die Schuldenlast sinken.

Stefan Urech (SVP): Der Sprecher der GLP hat treffend auf den Punkt gebracht, worum es ihm geht: Bis wir die Zinsen zahlen müssen, sind wir nicht mehr im Rat oder sogar schon tot. Es handelt sich um eine vollkommene Verantwortungslosigkeit gegenüber kommenden Generationen. Ich möchte noch kurz auf Dorothea Frei (SP) replizieren. Es wurde auf die bürgerliche Regierung zurückgeschaut. Heute sind die Schulden fast doppelt so hoch. Das liegt an der endlosen Personalentwicklung. Diese sehen wir auch in anderen hochverschuldeten Städten.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die GLP verdrängt Probleme. Natürlich haben wir ein Portfolio, natürlich haben wir Zinsen, die längerfristig günstig sind. Im Finanzplan ist eine Steigerung der Schulden von 9 auf 11 Milliarden geplant. Man muss neue Kredite aufnehmen. Diese werden möglicherweise nicht zu denselben günstigen Konditionen

gewährt. Ich habe darauf hingewiesen, dass steigende Zinsen auch eine Finanzkrise verursachen können. Eine Finanzkrise hat Steuerausfälle im grossen Stil zur Folge. Daran muss man auch denken. Man muss strategisch, langfristig überlegen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat ist der Meinung, dass wir das schaffen. Wir haben gesagt, dass wir das Eigenkapital und die Rechnung ausgeglichen haben wollen. Das haben wir geschafft. Wir werden diese Linie auch weiter verfolgen. Der Stadtrat hat den Auftrag erteilt, vorsorgliche Massnahmen zu erarbeiten. Wir werden Sie bei Bedarf darüber informieren. Mit steigenden Zinsen gibt es eine höhere Inflation, das relativiert die Verschuldung. Ich bitte Sie, das in Ihre Kalkulation einzubeziehen. Severin Pflüger (FDP) hat von einer Trickkiste gesprochen. Wenn 2008 als Referenzgrösse für juristische Personen verwendet wird, dann muss man sich bewusst sein, dass da die Finanzkrise war und die Steuereinnahmen geringer waren als 1999. Als Vergleich ist das Finanzkrisenjahr nicht zulässig. Die Ausfälle, die uns prognostiziert werden, werden auf das Jahr 2014 zurückberechnet. Wir rechnen mit dem Jahr 2019, also dem Jahr, an dem die Steuersenkung tatsächlich kommen wird. Selbstverständlich gibt es eine Differenz. Es ist ein Trick, eine künftige Senkung des Steuersatzes auf vergangene Steuereinnahmen anzurechnen. Es wurde vor der bundesrätlichen Vorlage von 300 Millionen Franken gesprochen. Wir haben kritisiert, dass die Zahl, die der Kanton im Regierungsrat beschlossen hat, unklar ist. Es ist im Text in sich unstimmt. In der Tabelle steht, das beziehe sich nur auf die Gewinnsteuer, im Text steht, das beziehe sich auf alle Massnahmen der Unternehmenssteuerreform. Regierungsrat Ernst Stocker hat mir dies bestätigt. Er hat mir auch bestätigt, dass wir Transparenz erhalten werden. Ich erwarte, dass der Kanton nicht einfach eine Zahl setzen kann und meint, das sei für die Stadt als Prognose akzeptabel. Wenn wir die Zahlen bekommen, kann ich differenzierter argumentieren. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass gemäss NZZ die Heimversorgertaxe den Kanton in eine finanzielle Bredouille bringe. Die Stadt soll aber 200 bis 300 Millionen locker hinnehmen. Ich habe eine Andeutung zum Eigenkapital von 800 Millionen Franken gemacht. Ich möchte Ihnen die aktuelle Erwartungsrechnung bekannt geben. Aktuell rechne ich mit mindestens 175 Millionen Franken Gewinn für die Rechnung 2016. Wir sind gut unterwegs, wir werden Ende 2017 ausreichendes Eigenkapital besitzen.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2017–2020 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2017–2020 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. Dezember 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2522. 2016/441

Postulat der GLP-Fraktion vom 14.12.2016: Personalwerbung, Publikation der Stelleninserate über digitale Medien

Von der GLP-Fraktion ist am 14. Dezember 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen ob die Personalwerbung für städtische Angestellte vorwiegend über digitale Medien ausser in begründeten Ausnahmen über Fachzeitschriften erfolgen kann.

Begründung

Die Kosten auf dem Konto 3092 können nochmals merklich gesenkt werden, wenn die Stelleninserate ausschliesslich über digitale Medien publiziert werden.

In allgemeinen Printpublikationen inserieren nur noch Personalvermittler zur Eigenwerbung und die öffentliche Hand. Online-Stellenbörsen sind viel effizienter und kostengünstiger. Grosskonzerne bekommen bei grossen Stellenbörsen für 20'000-30'000 CHF pro Jahr eine Flat Rate. Die Stadt Zürich ist ein derart attraktiver Arbeitgeber, dass die eigene Online-Börse, „Tagblatt“ und wo nötig wenige ausgewählte Online-Stellenbörsen und standespolitische Zeitungen, Branchenpublikationen, Fachzeitschriften reichen. Allgemeine Tages- und Wochenpublikationen in Druckform sollen nicht mehr berücksichtigt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2523. 2016/449

**Postulat von Stephan Iten (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 14.12.2016:
Auflösung der Abteilung Quartierkoordination**

Von Stephan Iten (SVP) und Stefan Urech (SVP) ist am 14. Dezember 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Schnittstelle zwischen Bevölkerung und Stadtverwaltung zukünftig in Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen erstellt werden kann. Dadurch könnte die Abteilung Quartierkoordination im Sozialdepartement aufgelöst werden.

Begründung:

Die Quartierkoordination nimmt angeblich Quartieranliegen von der Bevölkerung auf und vermittelt diese der Stadtverwaltung. Seit eh und je üben jedoch die Quartiervereine genau diese Rolle ehrenamtlich aus. Ein staatliches Pendant, das jährlich rund 2 Millionen Franken kostet, ist unnötig.

Aus jedem Quartierverein könnte ein Vorstandsmitglied mit einer kurzen Ausbildung dazu befähigt werden, wie man die Schnittstelle zur Stadtverwaltung optimal betreibt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

2524. 2016/382

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Anjushka Früh (SP), Linda Bär (SP) und 29
Mitunterzeichnenden vom 02.11.2016:
Abtransport des Ausbruchmaterials für den Bau der dritten Röhre am Gubrist,
Auswirkungen auf die Schliesszeiten des Bahnübergangs beim Bahnhof Affoltern
sowie Massnahmen zur Vermeidung zusätzlicher Verkehrsbehinderungen**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 984 vom 7. Dezember 2016).

2525. 2016/292

**Schriftliche Anfrage von Gabriela Rothenfluh (SP) und Heidi Egger (SP) vom
31.08.2016:**

**Nutzung der Software RA-PROF durch die Fachstelle für Gewaltprävention, Art
der Verdachtsmomente und Anzahl Meldungen, Vorgehen bei Radikalisierungstendenzen
sowie Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei und Gewährleistung des
Datenschutzes**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 965 vom 30. November 2016).

2526. 2016/345

Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 05.10.2016:

Kolumne des Vorstehers des Schul- und Sportdepartements zum amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf im Tagblatt, Haltung des Stadtrats zur Kolumne sowie Einfluss der geäußerten Auffassungen auf die Lernziele an den Sekundarschulen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 966 vom 30. November 2016).

2527. 2016/282

Weisung vom 31.08.2016:

Tiefbauamt, Investitionsbeitrag der Stadt zur Verbreiterung der SBB-Brücke Hohlstrasse

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 26. Oktober 2016 ist am 1. Dezember 2016 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. Dezember 2016.

Nächste Sitzung: 14. Dezember 2016, 17 Uhr.